



Stohlen von Marseille nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer „Kewmister Abbe“ (3114 Br.-Reg.-Ton.), „Sturton“ (4406 Br.-Reg.-Ton.), „Kilia“ (5004 Br.-Reg.-Ton.), der englische Dampfer „Aboukir“ (3800 Br.-Reg.-Ton.) und der italienische Segler „Bolonta di Bio“, dieser mit Kartoffeln nach Tunis. Vier von den versunkenen Dampfern wurden aus ein und demselben gesunkenen Geleitzug einer aus Zerstörer-deckung herausgeschossen. Von dem bewaffneten italienischen Dampfer „Harlaw“ und dem englischen Dampfer „Aboukir“ wurden die Kapitäne als Gefangene eingedrängt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

#### Amerikanische Besorgnisse.

Nach einer verzögert nach Berlin gelangten Meldung des Washingtoner Berichterstatters der „Chicago Daily Tribune“ erregten private Äußerungen einzelner Mitglieder der nach Amerika zurückgekehrten Mission unter Oberst House größte Beunruhigung. Es wurde bekannt, daß der Kommissionsbericht über den U-Boot-Krieg äußerst pessimistisch sei. Die Schiffverluste sind danach weit größer, als sich aus den offiziellen Bekanntmachungen ergibt, und lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß die Vereinigten Staaten und England hinreichenden Erfolg schaffen können. Die Weigerung des Kriegsministers Baker, sich zur Sache zu äußern, wird dahin ausgelegt, daß auch er die Lage pessimistisch ansieht und nicht glaubt, daß Amerika im Laufe 1918 seine volle Kraft zur Geltung bringen könne.

#### Kleine Kriegszeitung.

Berlin, 20. Febr. Gegenüber einer englischen Meldung, daß die deutsche Heeresleitung den Waffenstillstandsvertrag mit Russland durch Truppenverschiebungen verletzt habe, wird amtlich festgestellt, daß gemäß den Vereinbarungen des Waffenstillstandsvertrages an der Ostfront keine Truppenverschiebungen stattgefunden haben.

Wien, 20. Febr. Wie aus dem Kriegspressequartier gemeldet wird, haben die österreichischen Truppen bis zur Reichsgrenze ohne Zwischenfall das ganze Gebiet besetzt.

Wien, 20. Febr. General der Infanterie Hermann von Kusmanek, der Verteidiger der Festung Braggnöl, ist nach dreijähriger Gefangenschaft in Wien eingetroffen.

Basel, 20. Febr. Nach einer Timesmeldung hat der neue rumänische Ministerpräsident General Avarescu den Verbündeten mitgeteilt, daß es Rumänien unmöglich sei, die von der früheren Regierung unter anderen Voraussetzungen eingegangenen Verpflichtungen aufrechtzuhalten.

Bern, 20. Febr. Wie französische Blätter melden, hat die Regierung der Vereinigten Staaten die deutschen Fabriken in Philadelphia mit Besiegung belegt.

London, 20. Febr. Der Vorschlag für das Heer für 1918/19 ist heute veröffentlicht worden. Darin werden fünf Millionen Mann vorgesehen.

London, 20. Febr. Die vereinigte Gewerkschaft der Mechaniker verwarf die Vorschläge der Regierung zur Beschaffung von Menschenmaterial mit 121017 gegen 27470 Stimmen.

## Vom Tage.

### Nühlmanns Rumäniensfahrt verschoben.

Berlin, 20. Febr. Staatssekretär v. Nühlmann hat seine ursprünglich für heute in Aussicht genommene Abreise nach Bukarest aufgeschoben, da seine Anwesenheit hier infolge der neugeschaffenen Sachlage dringend erforderlich ist.

### Aus Afrika heimkehrende Deutsche.

Berlin, 20. Febr. Verschiedene Zeitungen melbten Kriegs- und am 4. d. Wk. erfolgte Ankunft des englischen Dampfers „Marlebon“ in Hoek van Holland mit 99 Ausgewiesenen aus Deutsch-Südwestafrika. Die an maßgebender Stelle eingesetzten Erfundungen haben ergeben, daß die Nachricht in dieser Form ungutstellend ist; es handelt sich vielmehr bei den mit dem genannten Dampfer Bescherten um aus der Goldfazie ausgewiesene Deutsche, die sofort nach Deutschland weitergereist sind.

### Vertrauensvotum für Gernin.

Wien, 20. Febr. In der Sitzung der christlich-sotsialen Partei hob der Obmann das Verdienst des Ministers des Kultus Grafen Gernin um das Zustandekommen des ukrainischen Friedens hervor. Aus der Aussprache ergab sich ein eindeutiges, begeistertes Vertrauensvotum für Graf Gernin.

## Flugsand.

Erzählung von E. Bely.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Glode rief zum Abendessen; er unterbrach seine Arbeit, einen Stohl Bücher auf dem Seitenstisch zu ordnen und läutete ihr mit vorgebeugtem Kopf. „So, so, das liegt mir nun also doch nicht anders, da mußte er sich schon der Herde gesellen.“ „S“ war im eigenen Interesse, denn fast gewordene Speisen, späte Bedienung, Reiste liebte er nicht, trotz aller Entbehrungen, die er sich in bezug auf Behaglichkeit aufzuerlegen gewillt war. Was brachte ihn denn an die See? Die Sehnsucht nach Einsamkeit, nach innigem Verkehr mit der Natur — und auch der kleine Wunsch, durch vielseitige Bewegung der in den letzten Monaten sich merklich machenden Fülle zu wehren — ja eine ganz leise eitile Neugier auch. Vorzeitig und unruhig wollte er sich nicht unter die Körperten einreihen lassen.

„Sehr spät kommen und sehr früh gehen“, hatte ihm sein Freund als Tischregel gegeben. Er bekannte sich gleich folgsam zu ihr und idyllierte erst an der Hänferreihe entlang, als sich schon alles um die langen Tische gesetzt hatte.

Unter der Veranda vor dem Speisesaal erwartete ihn der Oberfleißer, in der einen Hand ein Buch, in der anderen eine Feder. Mit einer tanzenden Bewegung schnellte derselbe auf ihn zu.

„Mein Herr — das Fremdenbuch!“

„Ah —“

Aufgeschlagen flog es auf den grünen Tisch und der Hinger des Dienstleiters zeichnete eine Stelle. Da sind bereits die Damen eingegliedert, welche mit Ihnen zugleich sammeln — eine schwere Handchrift. Frau Gehren nebst —“

„Das interessiert mich gar nicht! —“

„Sehr wohl!“ und Jean lächelte verbindlich. „Manche Herrschaften sind in der Beziehung wissbegierig — und nicht immer die Herren allein.“

„So!“ Kura sang das und der Ausgehaltene schien bestrebt, den Eingang zu gewinnen.

„Und“, Jean verbeugte sich wieder, „fragen will man

### Abgelehnte Entlassungsgesuche.

Wien, 20. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht Kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. von Seidler, sowie an den Unterrichtsminister Großfürst und den Minister Twardowski, wonach der Kaiser gemäß dem Antrage des Ministerpräsidenten dem Antrich des Unterrichtsministers Großfürst und des Ministers Twardowski um Enthebung vom Amt keine Folge gäbe und die beiden Minister seines sozialdauernden Vertrauens versichert.

### Averescu in Bukarest.

Bukarest, 19. Febr. Der rumänische Ministerpräsident Averescu weilt mit Zustimmung des deutschen Oberkommandos hier, um über die Frage der Kabinettbildung mit jenen hervorragenden rumänischen Politikern zu verhandeln, die sich auch heute noch auf diesem rumänischen Gebiet befinden. Die Verhandlungen über den Frieden sollen am Freitag beginnen; es ist jedoch noch ungewiß, ob in Bukarest oder Socrati.

### Kiew von der Welt abgeschnitten.

Kiev, 20. Febr. Weder in London noch in Petersburg sind in den letzten Tagen Nachrichten über Kiew eingegangen. Die letzten Telegramme sind vom 8. Februar datiert.

### In höchsten Sorgen.

In den Londoner „Times“ schreibt der Militärkritiker des Blattes, man stände im Westen unmittelbar vor der entscheidenden Katastrophe, man wisse nicht, wo der Schlag des Bierbundes geführt werde, nur so viel sei klar, daß er bestimmt komme und für die Entente eine ernste Gefahr darstelle. Bestehe sie diese Gefahr, so habe sie den Krieg nicht verloren.

### Rumäniens Trennung von der Entente.

Nach einer Meldung der Londoner „Times“ habe General Averescu als neuer rumänischer Ministerpräsident den alliierten Regierungen amtlich mitteilen lassen, daß es Rumänien unmöglich sei, die von der früheren Regierung unter anderen Vorbedingungen eingegangenen Verpflichtungen aufrechtzuhalten.

### Ein Urteil des „Bund“.

Bern, 20. Febr. Zur Annahme der Friedensbedingungen der Mittelmächte durch Russland schreibt der „Bund“: Das wäre eine glatte Kapitulation, wenn nicht irgend ein Hinterhalt in Frage kommen könnte, oder man nicht überhaupt an der Verhandlungsfähigkeit dieser Sowjetregierung zweifeln müßte. Wahrscheinlich glaubt sie, die deutschen Soldaten würden nicht gegen die Bolschewiki marschieren. Als sie aber doch marschierten, war es mit der Verteidigung der Bolschewiki nichts. Sie räumten katenlos und ruhlos das Feld. Der andere Ruhm, mit der Soldatenkrieg gegen wehrlose Frauen und Kinder im Innern und in den Randstaaten zu wüten, war leichter zu holen, aber vor dem ersten Anstoß der deutschen Waffen brach Kraft und Mut der Bolschewiki-Armee zusammen. Jetzt dürfen ernste Friedensverhandlungen beginnen, nicht mehr solche, wie sie Brest-Litowss gegeben.

### Ein neuer Friedensantrag in Italien.

Wie der „Schweiz. Telegraph“ aus Rom meldet, hat die sozialdemokratische Kammergruppe der Kammer einen neuen Friedensantrag vorgelegt. Darin wird das Misverhältnis zwischen den Opfern der Fortdauer des Krieges und der Unge- wissheit eines entscheidenden militärischen Sieges hervorgehoben. Für das Wohl der Menschheit müsse sich die italienische Regierung daher für eine sofortige Erwagung des Friedens erwärmen. Der gegenwärtigen Diplomatie wird das Misstrauen ausgesprochen und die Abschaffung des diplomatischen Geheimnisses und der politischen Censur gefordert. Den Vertretern aller organisierten Proletarier solle ein Meinungsaustausch über den Frieden gestattet werden.

### Unsere Gefangen in Rumänien.

Beim Kriegsministerium in Berlin ist die erste telegraphische Nachricht der nach dem unbesetzten Rumänien

nicht in allen Fällen, da läßt man sich denn die Karte geben — eine gedruckte haben wir nämlich noch nicht. Aber es kommt ganz sicher dazu mit der Zeit! Und — wenn ich nun bitten dürfte —, er mache eine Hinwendung nach der Tischkante.

„Was?“

„Das Fremdenbuch! Wenn ich um Ihren Namen für dasselbe bitten darf.“

Der Herr rückte sich zu seiner ganzen, statlichen Höhe auf und grinste: „Unmöglich! Ihr Direktor kennt ihn — und im übrigen —“

Der Kleine schnellte zusammen. „Selbstverständlich, sehr wohl, ganz wie der Herr möchte!“ Sein Gesicht blieb das freundlichste und er trinckte während nebenher.

Ganz leicht zogen sich die Brauen des Eintretenden zusammen unter dem Geräusch der klappernden Messer und Gabeln, dem Summen der Stimmen. —

Bis zur Mitte der einen Tafel waren sie gelangt:

„Wenn ich bitten dürfte, Herr Doktor!“ Einen Titel gebrauchte Jean gar zu gern und in zweifelhaften Fällen griff er nach dem gangbarsten.

Man hatte dem Neuling prüfend nachgesehen, jetzt rütteten ihm gegenüber sogar für eine Sekunde Messer und Gabel. „Anspruchslose Menschen, für die man ein Er- eignis ist“, sagte sich der Kommande. „Wenn sie wüssten, mit welcher Gleichgültigkeit ich ausgerüstet bin —“

„Die Damen nämlich, welche die Übersahrt mit Ihnen gemacht haben, sitzen drüber, am anderen Tische“, lispelte Jean vertraulich.

„Interessiert mich ganz und gar nicht“, sagte der Herr hinter der Weinkarte hervor, die ihm bei dieser Mitteilung gereicht worden war.

„Sehr wohl!“ diente der Kellner, „übrigens bin ich schon von drei Seiten über dieselben gefragt.“

„St. Stephel!“ Wie ein militärischer Befehl schnitt das die Rede ab.

Ein kurzer, flüchtiger Gruß an die Buntstiftsitzenden, mit welchem sich der Fremde niederließ, dann widmete er sich mit gutem Appetit seinem Teller. —

Die stets menschenfreudlich und hilfreich lächelnde Frau von Harnsen war es gewesen, welche den dienstfertigen Jean darauf aufmerksam gemacht hatte, daß ein Platz ihr gegenüber frei geworden, und daß es wohl sehr

zur Inspektion der dortigen Gefangenengälder ent- sandten Schweizer Delegierten nunmehr eingegangen. Sie befagt, daß unter großem Entgegenkommen der rumänischen Behörden bisher die beiden Lager Dobrowa und Sipote besichtigt worden seien. Erstens ist dies dabei festgestellt worden, daß die Lage unserer Gefangenen in diesen beiden Lagern, auch in hygienischer Beziehung, günstig ist und daß keine Epidemien dort herrschen. Die Zahl der deutschen Gefangenen beträgt einschließlich der Invaliden 2450.

Die in letzter Zeit über die Zustände in rumänischen Gefangenengäldern, namentlich über Lager Sipote, bekannt gewordene, höchst beunruhigende Nachrichten haben sich somit als vorläufig ungutstellend erwiesen. Über frühere Vorgänge in rumänischen Gefangenengäldern müssen weitere Ermittlungen und Feststellungen abgewartet werden.

### Die Stellung Lloyd Georges unentschlossen.

Die Stellung Lloyd Georges ist nach wie vor unentschlossen. Das zeigt die Unterhausverhandlung bei Einbringung des Vorschlags für das Heer. Lloyd George, der mit großem Beifall begrüßt wurde, stellte nicht die Vertragsfrage; aber er erklärte, daß Haus entschieden dem Vorschlag der Regierung seine Billigung aussprechen, oder aber eine andere Regierung suchen. Der liberale Führer Asquith kritisierte die Art der Durchführung der Beraillier Beschlüsse, erhob aber keine Einwendung gegen die Erweiterung der Besitzungen des Kriegsrates.

## Deutscher Reichstag.

(130. Sitzung.) Re. Berlin, 20. Februar.  
Schon zuerst hat die Sitzung das Bild eines großen Tages. Die Tribünen waren überfüllt, in der Diplomatenloge saß man die drei Mitglieder der ukrainischen Regierung, die sich jetzt in Berlin aufzuhalten und die mit Interesse die Vorgänge unten im Saal verfolgten.

Vizepräsident Dove gebürt in herzlichen Worten der goldenen Hochzeit des bayerischen Königspräparates und erbat die Eröffnung, ein Glückwunsstelegramm des Reichskanzlers nach München zu senden.

### Der Friede mit der Ukraine.

Die den Friedensschluß mit der ukrainischen Volksrepublik behandelnde Deputie konnte den Abgeordneten erst bei Beginn der Sitzung übergeben werden. Sie enthält neben dem Wortlaut der beiden Verträge eine Kurze, die einzelne Bestimmungen erläuternde Denkschrift, die zu dem Schluß kommt, daß der Vertrag den ersten Schritt tut zu einem dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Frieden, der nicht nur den Schicksalen des Krieges ein Ende setzt, sondern auch zu Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen der Volker auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete führen soll.

Der Reichskanzler und Herr v. Payer erscheinen.

Gleich nachdem Staatssekretär v. Kühlmann seine etwa halbstündigen Ausführungen begonnen hatte, erschien Reichskanzler Graf Hertling mit seinem Stellvertreter v. Payer im Saal und nahm an der von Vertretern des Auswärtigen Amtes direkt besetzten Regierungsbank Platz.

Staatssekretär des Außen v. Kühlmann legte, wie schon am Abend vorher im Hauptausschuß dar, daß der Friede mit der Ukraine der erste Friedensschluß in diesem gewaltigen Krieg sei. Die Verhandlungen waren nicht leicht, denn wie immer in Zeiten nationaler Aufschwunges wurden auch hier territoriale Forderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Abgrenzung nach Groß-Rußland einem späteren Zeitpunkt überlassen und nur die Grenze nach Westen gezogen. Diese Lösung hat vor allem bei den Polen Leidboten schrift erlaubt. Aber wenn an dieser Frage der Friede mit der Ukraine gescheitert wäre, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hätte das sicher auf Schärfe gespürt. Wir haben von Anfang an die Grenzziehung im einzelnen einer Kommission vorbehalten und neue Verhandlungen mit der Ukraine haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß durch eine neue Grenzziehung die Wünsche der Bevölkerung im weitestgehenden Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission werden auch Polen vertreten sein. Zu Auseinandersetzungen habe die

polnischen Freunde

wird später Zeit und Gelegenheit genug sein. Neben politischen Erwägungen hat auch die Erwägung zum Abschluß des Friedensvertrages geführt, daß die Ukraine auch jetzt noch über große Vorräte an Brotgetreide und Buttermittel verfügt. Sowohl für uns wie für Österreich-Ungarn ist die Herstellung eines geordneten Handelsvertrags mit der Ukraine von höchstem Interesse. Dieser erste Friedensvertrag wird zweifellos als Grundlage für spätere Verträge dienen. Der Staatssekretär konzentriert sich auf das Verhältnis zu den Bolschewistenregierung

und die

polnischen Freunde

zu vertragen zu wünschen und macht die wichtigsten, an anderer Stelle wiedergegebenen Gründungen über das neue russische Friedensangebot. Der Staatssekretär schließt unter großer Bewegung des Hauses: Der Kündzug, den ich hauptsächlich hatte, war der, daß die Öffentlichkeit einen Eintritt mit der Ukraine mit Freiheit und Freude aufzunehmen bat und als den ersten Schritt zu einer besseren Zukunft und zu einer Wiederherstellung des allgemeinen Friedens begrüßt, den wir alle erhoffen und den wir bei unserer starker, festen und entschlossener Führung der auswärtigen Politik in absehbarer Zeit auch zu erreichen hoffen (längerer Beifall).

#### Die Redner der Parteien.

Abg. Gräber (Btr.): Namens meiner Partei habe ich der Freude Ausdruck zu geben, daß wir bei Beginn der Tagung mit einem Friedensvertrag unsere Zustimmung geben können. Wir danken der Regierung für diesen Vertrag und alles, was damit zusammenhängt. Ich begrüße den Staatssekretär zu diesem Erfolge der Verhandlungen. Offensichtlich folgen zu diesem ersten Friedensvertrag bald die Verträge mit Großrussland und mit andern Gegnern. Der Redner beginnt bei der Form des Vertrages, daß bei den Unterhändlern Generalmajor Hoffmann als Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung unterzeichnet habe. Generalmajor Hoffmann hatte selbstverständlich als Vertreter der Kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnet können, aber die Oberste Heeresleitung kann nicht als Zustimmung neben dem Bevollmächtigten der Regierung aufstehen. Zustimmung im Sinne und links.) Ein Fehler war es, daß man nicht gleich Polen zu den Beratungen zog. Um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundschluß das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. Da ist es bedauerlich, daß man bei der ersten Gelegenheit diesen Grundschluß nicht berücksichtigt hat. Den völkischen Minderheiten muß in der Ukraine der nötige Schutz, namentlich auch die Freiheit der Religionsausübung gewährleistet werden.

Abg. Dr. David (Soz.): Der mitgeteilte hochstrebliche Befürchtung aus Petersburg stellt uns vor eine ganz neue Situation und läßt die zusammengekauften Hoffnungen auf einen Frieden mit Großrussland wieder aufleben. Gegenüber dem Skeptizismus des Staatssekretärs müssen wir dafür sorgen, daß die Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. Die Schuld des Scheiterns der Verhandlungen in Brest-Litowsk darf man nicht nur auf der russischen Seite legen. Die beangesehenen Fehler dürfen nicht wiederholt werden, namentlich das Verfahren, wie man das Selbstbestimmungsrecht durchführen wollte, entsprach nicht unserer Auffassung. Es ist zu begrüßen, daß die russische Regierung durch den Befürchtung jetzt einen Weg zum Frieden eröffnet. Wenn beide Parteien ihn aufrecht wollen, wird er aufzustehen kommen. Nach dieser Vereinbarkeitsklärung der russischen Regierung sollten auch die militärischen Operationen zurückgenommen werden. Bedenkt sollte der Anschein vermieden werden, als ob man in Großrussland einen Regierungswechsel herbeiführen will. In die inneren Verhältnisse in Finnland, Estland, Litauen und der Ukraine sollen wir uns nicht einmischen. Unser Interesse in der Ukraine befrüchtet daran, daß wir die Lebensmittel abtransportieren. Dazu ist nur eine Sicherung der Verkehrsverhältnisse notwendig. Den Bedenken des Abg. Gräber über das Gouvernement Polen schließen wir uns an. Die Polen müssen auch zu Worte kommen. Dauernde wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu Osteuropa müssen das Ziel unserer Politik sein. Sie würden auch die beste Regelung gegen den Westen geben.

Abg. Senda (Pole): Durch den Frieden mit der Ukraine hat man eine neue Teilung Polens vollzählig. Dieses Gefühl besteht im ganzen Polenvolke vor, und überall dort, wo Polen wohnen. Sie wissen nicht, was in Lemberg, in Warschau und in Krakau geschieben ist. Die Regierung ist dort so groß gewesen, daß bereits Blut auf den Straßen geslossen ist. (Hört, hört.) Es handelt sich nicht nur um Elemente, die in Polen Unruhen ausgelöst haben, die Regierung hat alle Kreise des polnischen Volkes umfasst, vom Niedrigsten bis zum Höchsten. Redner nennt den Vertrag in bezug auf das polnische Gebiet ein Instrument der Ungerechtigkeit und hofft, daß er nicht angenommen wird.

Abg. Dove (Soz.): Der Wunsch des Vorredners wird zu unserer Freude keine Aussicht auf Erfüllung haben. Wir alle sind uns bewußt, daß wir hier eine deutsche Volksvertretung und (Lebhafte Zustimmung.) Bezüglich der Beurteilung des neuen Schrittes sind wir nicht optimistisch. Herr Radel sieht ein großes Vertrauen ein. Wir wollen trotzdem das Beste wissen, aber vorerst abwarten. Die Ukraine bietet alle Voraussetzungen für ein friedliches Nebenanderleben. Genaue die wirtschaftlichen Nebenverträge scheinen mir außerordentlich glücklich zu sein. Wenn von einer neuen Teilung Polens gesprochen wird, so ist das eine makroso Übertreibung. Bei der Zusammenfassung der Völkerstaaten im Osten kann der Nationalitätsgedanke nicht ganz vollkommen durchgestellt werden. Wir wollen aber keine weitere Belastung mit fremden Elementen. Wir müssen dagegen Bewahrung einlegen, daß aus militärischen Gründen einzelne Gebiete uns angegliedert werden. Uns ist der Reichsfanatiker der allein verantwortliche. Damit stimmt es nicht überein, daß die Unterschrift der Obersten Heeresleitung unter dem Friedensvertrag steht. Auch im Westen regt sich die Friedenszusage unter den Völkern.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Dem Dank des Abg. Gräber für den Abschluß des ukrainischen Friedensvertrages schließen wir uns an. Wir danken dem Staatssekretär Kühlmann und seinen Mitarbeitern für die Entschiedenheit, Säbigkeit und diplomatische Geschicklichkeit und das Blütigefühl, das sie bei den Verhandlungen in Brest bewiesen haben. Die Unterzeichnung des Vertrages durch den General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung steht in einem gewissen Widerspruch dazu, daß in der Heeresleitung des Vertrages als einziger Vertreter der deutschen Regierung Herr v. Kühlmann genannt ist. Über die formale Frage werden wir ja noch Auskunft erhalten. Wenn wir uns an reale Tatsachen halten, dann haben wir in dieser Linie der deutschen Obersten Heeresleitung den Dank dafür auszusprechen, daß wir überhaupt zu einem Frieden mit der Ukraine gekommen sind. (Lebhafte Beifall.) Wenn weitere Friedensverhandlungen stattfinden, muß die deutsche Reichsregierung einheitlich lediglich durch Bevollmächtigte des Deutschen Reiches vertreten sein. Alle Wünche und Anträge einzelner Bundesstaaten auf irgend eine Sondervertretung sind abzulehnen. (Sehr richtig!) Trotzdem hat in Brest-Litowsk Friedensabschluß getrieben und sein Ober nur darauf eingestellt, ob nicht aus Wien, Budapest oder Berlin revolutionäre Regungen um zu Hilfe kommen würden. (Sehr richtig!) Wenn nun durch den Vormarsch unserer Truppen der neue Befreiungsschluß worden ist, so freuen wir uns, daß wir so schnell aufgetreten haben und nicht noch Zeit verschwenden können, so daß die Revolutionen in Polen und Litauen fortgesetzt werden könnten. (Beifall.) Der Redner fordert nun als Voraussetzung für weitere Friedensverhandlungen die rechtsfreie Anerkennung von Polen, Litauen, sofortige Freilassung aller gefangengebliebenen Deutschen, Einen und Letten, unbedingte Räumung und Anerkennung der Selbstständigkeit und die Anerkennung des Friedensschlusses mit der Ukraine. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Polen und Litauen aus, daß für Deutschland nur das deutsche Interesse maßgebend sein dürfe. Für Deutschland haben die Polen eine Armee aufgebracht, jetzt aber wollen sie eine politische Macht für Polen gegen die uns bestreute Ukraine aufzustellen. Das ist zu viel! (Stürmischer Beifall und Handklatschen, auch auf den Tribünen.) Die Greuel in den östlichen Provinzen können wir nicht dulden, wir wären sonst kein Volk von Eure. Wir wollen nicht den völligen Anschluß an Deutschland, aber wir wollen das Deutschland in den dortigen Gebieten militärisch, kulturell und geistig schützen.

Abg. Graf Westarp (cont.): Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag als ersten Schritt zum Frieden. Die Ausführungen des Abg. Senda enthielten ungebührliche Übertriebungen. Von einer neuen Teilung Polens kann doch nicht die

Freude sein, wenn es sich um die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates handelt. Ohne die Abtretung des Wolmer Gebiets war der Frieden mit der Ukraine nicht zu haben. Was Herr Trotha wirklich gewollt hat, das das Verhalten der Bolschewisten gegenüber Finnland und der Ukraine beweisen. Lebhaft zu begrüßen ist das Biedereinsehen den militärischen Aktionen im Osten, als sie notwendig wurden. Die jetzt mit dem Untergang bedrohte uralte deutsche Kultur in den baltischen Provinzen zu retten. Ist für uns eine Pflicht der deutschen Kultur und der Menschlichkeit. Die dortigen Verhältnisse müssen so bald als möglich geregelt werden und nicht erst, wie Präsident Wilson verlangt, bei dem allgemeinen Friedensschluß. Wir können jetzt nicht mehr darauf rechnen, daß seitens der deutschen Ostgrenze ein Völkerreich entsteht, das mit uns in wirklicher Freundschaft verbunden ist. Darauf dürfen für unsre Stellung zu der polnischen Frage nur noch maßgebend sein die militärischen Sicherungen. In dieser Frage ist für uns das Urteil der Obersten Heeresleitung unbedingt maßgebend. Kein Frieden wird im deutschen Volke Verständnis finden, der nicht wenigstens moralisch auch die Unterherrschen in Hindenburg und Ludendorff traut (Beifall rechts).

Abg. v. Dalem (Dith. Strkt.): Verlängert weitergehende Maßnahmen zum Schutz des bedrohten Deutschtums in den Ostprovinzen.

Abg. Debodour (U. Soz.): bestreitet, daß es Trotha gar nicht darauf angekommen sei, den Frieden herbeizuführen, er habe nur nicht den Frieden gewollt, den die Aldeutschen vorberettet.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): spricht im ganzen geüblicher und verständlicher als sein Fraktionsgenosse Senda. Er tritt für einen Verständigungskrieg aller europäischen Völker ein.

Darauf verzagt sich das Haus.

Berlin, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konserватiv-freikonservative Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmigen Wahlrechts mit 20 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen und damit der § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, für erledigt erklärt. Für den Antrag stimmen 12 konseritative, 4 Freikonservative, 4 Nationalliberale, gegen den Antrag die übrigen Mitglieder.

#### Politische Rundschau.

##### Deutsches Reich.

• Zu den bedeutsamsten Veranstaltungen der diesjährigen großen Landwirtschaftswoche gehörte der deutsche Kartoffeltag. Der Hauptredner des Tages, Abg. Janz, führte aus, daß die Kartoffel erst im Kriege ihre Bedeutung für die gesamte Volksernährung gezeigt habe. Für den Kartoffelanbau (praktische Förderung, Erforschung und Abwehr der Kartoffelkrankheiten) mühten Millionen bereitgestellt werden. Für die Zeit nach dem Kriege gelte es vor allem, Arbeitskräfte bereitzustellen, austreibenden Sollzücht zu gewähren und den Inlandverbrauch zu fördern. Notwendig seien auch niedrige Frachttarife.

• Das preußische Herrschaftsamt ist für den 8. März zu seiner nächsten Vollzüfung einberufen. Das Haus wird sich zunächst mit den vom Abgeordnetenhaus abgeänderten Vorlagen des Schäfungsamtsgesetzes, der Stadtschäften und des Wohnungsgesetzes beschäftigen, ferner die Aufhebung des Enteignungsgesetzes in Westpreußen und Posen und kleinere Vorlagen in Angriff nehmen.

• Die nationalliberale Fraktion der badischen Abgeordnetenkammer hat in Sachen der preußischen Wahlrechtsvorlage an die nationalliberale Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt, in der Südwestecke des Reiches verfolge man die preußischen Wahlrechtsklüpfen mit wachsender Bangen Sorge. Die nationalliberale badische Fraktion glaubt es den vaterländischen, politischen und Freundschaftspflichten schuldig zu sein, der preußischen Fraktion mit der Bitte beizutreten, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit die Frage eine baldige Lösung im Sinne der Kaiserlichen Politik finde. Nur auf diese Weise könne das von allen Seiten bedrohte Reich vor weiteren Gefahren und Krisen bewahrt werden.

##### Frankreich.

• Für die Tagesordnung der Londoner Sozialistenkonferenz sind durch den Nationalrat der französischen Sozialistenpartei, deren Beratungen auch englische und belgische Genossen beiwohnten, mit 2618 gegen 230 Stimmen folgende Punkte festgesetzt worden: 1. Die deutschen Kolonien sollen entweder zurückgegeben oder durch Konventionen erobert werden. 2. Der Soz. des Londoner Entwurfs über die Ansprüche Italiens soll seines imperialistischen Charakters entkleidet werden. 3. Die Staatszugehörigkeit Elsass-Lothringens soll durch ein Referendum unter Oberleitung der künftigen Gesellschaft der Völker entschieden werden; ob dem Referendum die tatsächliche „Desamnexion“ vorangehen oder folgen sollte, wurde offen gelassen.

• Das Verhältnis zwischen Polen und Ukraine wird in einer Entschließung behandelt, die der Polenclub dem österreichischen Abgeordnetenhaus überreicht hat. Es heißt darin, daß die Polen mit dem neuen Staatswesen der Ukraine in Freundschaft zu leben wünschen. Dann werde es möglich sein, mit Auskluß jedes Dritten die Grenzfragen zu regeln. — In dem jetzt von der Genfer freigegebenen Aufruf der österreichischen Polen wird u. a. erklärt, die deutsch-ukrainische Freundschaft solle auf den Leichnamen Polens und Litauens begründet werden und die Polen würden jeder Verbindung mit dem Osten begegnen, deutscher Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert. Der Aufruf schließt mit einem Protest gegen den Friedensschluß von Brest-Litowsk, gegen den die Polen den Kampf aufnehmen wollen, um ihn zu befehligen.

##### Aus In- und Ausland.

Berlin, 20. Febr. Der verschärfte Belagerungszustand und damit die Einführung außerordentlicher Kriegsgerichte ist mit dem Ablauf des 23. Februar außer Kraft gesetzt worden.

Stockholm, 20. Febr. Die chinesische und die japanische Regierung drohen den Maximalisten, die Konzessionen der östchinesischen Eisenbahn zu beladen, falls von Petersburg aus nicht schnellstens für Ordnung und Sicherheit gesorgt wird.

Zugang, 20. Febr. Nach der "Tribune" wird die Bonner Sozialistenkonferenz vertagt, um auch den italienischen Sozialisten die Teilnahme zu ermöglichen.

#### Aus Nah und Fern.

Herborn, den 21. Februar 1918.

##### Opfer!

Alles haben sie gegeben,  
Mutenslust und Sonnenschein,  
Hoffnung, Liebe, Glück und Leben!  
Solcher Sohne wert zu sein,  
Gib dein Gold, gib Ring und Ketten,  
Niedrer Güter nichtigen Land.  
Hilf, wie sie, das Höchste retten:  
Freiheit, Ehre, Vaterland!

Max Otto.

\* Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhält Leutnant d. Res. Otto Roth aus Sinn.

\* (Stadttheater Gießen.) Freitag, den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr: "Doktor Wespe", Ende gegen 10 Uhr. Sonntag, den 24. Febr., nachmittags 3 1/2 Uhr: "Sah ein Knab ein Röslein stehen", Ende nach 6 Uhr. Montag, den 25. Febr., abends 7 1/2 Uhr: "Der Scheiterhausen", Ende gegen 10 Uhr.

\* (Die Kaninchen werden gezählt.) Zur Bevölkerung am 1. März 1918 hat der Bundesrat eine Ausführungsverordnung erlassen, die eine Befreiung der im Deutschen Reich vorhandenen zahmen Kaninchen anordnet. Diese Feststellung geschieht im Interesse der Heeresverwaltung, weil die Felle der Kaninchen in steigendem Maße für den Kriegsbedarf von Bedeutung gewinnen.

\* (Für Hühnerzüchter.) Im "Praktischen Ratgeber" heißt es u. a.: Völliges Versagen der Hühner im Eierlegen wird in der kommenden Vegetationsperiode keine Seltenheit sein. Der vergangene Sommer und der letzte Herbst haben für viele Hühner Schwierigkeiten in der Ernährung der Bestände gebracht. In diesem Zustand kamen die Hühner in die Hauer, die nun in ihren Folgen noch lange nachwirkt. Um die Hühner zur Wiederaufnahme der Vegetätigkeit anzuregen wird Fisch oder Fleischmehl, frisches Blut und aufgebrühtes Kleehäcksel empfohlen. Wenn alles nichts hilft, sei anzunehmen, daß die Hühner durch Inzucht nicht legefähig seien. Nur eine Blutaufrischung könne Abhilfe bringen.

\* (Verkehr mit Ruh- und Ruhvieh im Regierungsbezirk Wiesbaden.) Am 15. Februar ds. J. sind die Bestimmungen der Landeszentralbehörden vom 27. Dezember 1917 über den Verkehr mit Ruh- und Ruhvieh in vollem Umfang in Kraft getreten. Danach ist die Lieferführung von Kindern, Kälbern, Schafen und Schweinen von einem Kommunalverband (Gemeinde) des Regierungsbezirks in einen anderen an die Genehmigung der Bezirksfleischstelle zu Frankfurt a. M. Untermainanlage 9 gebunden. Ferner bedarf es zur Einfuhr von Vieh in den Regierungsbezirk Wiesbaden und zur Ausfuhr aus demselben der Genehmigung der gleichen Stelle und der beteiligten auswärtigen Provinzialsleischstellen. Die Bestimmungen haben den Zweck, dem Schleichhandel mit Vieh, der einen großen unseres Viehbestands ernstlich gefährdenden Umfang erreicht hat, zu unterbinden. Die Ausfuhrerlaubnis wird daher nur erteilt werden, wenn durch einen sachverständigen Beauftragten der Bezirksfleischstelle nachgewiesen wird, daß es sich bei den betreffenden Tieren um Ruhvieh oder Ruhvusch und nicht um Schlachtvieh handelt. Der Verbleib der Tiere wird nach ihrem Eintreffen an dem Bestimmungsort überwacht. Schlachtvieh ist wie bisher an die Streisammelstellen des Viehhandelsverbandes abzuführen. Der Erwerb und die Veräußerung von Ruhvieh innerhalb eines Kommunalverbandes ist an keine Formlichkeit gebunden. Wünscht jedoch ein Landwirt sich Ruhvieh aus einem anderen Kommunalverband zu beschaffen, so muß er zuvor um die Einfuhrerlaubnis nachzufragen. Den Antrag zum Zwecke des Weiterverkaufs können auch die mit einer Ausweiskarte versehenen Händler stellen. Der Antrag ist auf dem Bürgermeisteramt einzureichen, wo Antragsformulare vorrätig gehalten werden. Die Genehmigung der Ausfuhr jetzt die vorherige Genehmigung der Einfuhr voraus. Der Verkäufer der auszuführenden Tiere hat unter Vorlegung der erlaubten Einfuhrerlaubnis, der Kaufanzeige und der Mitteilung über den Verkaufsort und die Verladezeit die Ausfuhrerlaubnis bei der Bezirksfleischstelle zu beantragen. Die Ausfuhrerlaubnis wird nach Bestätigung der Tiere ausgehändigt gegen eine Gebühr von 5 Mark für Großvieh und M. 1,50 für Kleinvieh. Die gleiche Gebühr wird erhoben für die Genehmigung zur Einfuhr von Vieh aus fremden Viehhandelsverbänden. Über die Handhabung des Handels auf Märkten werden noch besondere Bestimmungen veröffentlicht werden. Die Güterabfertigungen der Eisenbahnverwaltungen sind angewiesen, keine Verladungen vorzunehmen, wenn nicht die vorgeschriebene Genehmigung beigebracht wird.

Marienberg. Buchdruckereibesitzer Carl Ebner, Verleger der "Westwälder Zeitung", Amtl. Kreisblatt für den Oberwestwälderkreis, ist im 63. Lebensjahr gestorben.

Bezdorf. Einen empfindlichen Schaden durch Diebstahl erlitt der Wirt des Hotels Siegerland hier. Am Samstage logierte sich bei ihm ein Mann in den dreißiger Jahren ein, der sich als Dr. Ingenieur Carl Seidel aus Bielefeld in das Fremdenbuch eintrug. Nachdem er zwei Tage gegessen und getrunken, nahm er am Montag vormittag die Gelegenheit wahr, um von den Zimmern des Inhabers und der Gäste die besten Anzüge, Schuhe, Wäsche und sonstige Kleidungsstücke im Werte von insgesamt 1500 Mark zu stehlen und zu verschwinden. Der Schaden trifft den Wirt allein, da er seinen Gästen gegenüber für den Verlust eingebrachter Sachen haftbar ist.

